

CDU Fraktion im Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Wanzleben - Börde

Sitzung des Stadtrates am 01.07.2019 TOP 21

Antrag auf Änderung der Beschlussvorlage BV-BM Nr.: 001/BM/19-24

Entwurf der Hauptsatzung der Stadt Wanzleben - Börde.

Artikel 1

A. In § 1 wird nach Abs.1 ein Abs. 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„(2) Sie umfasst das Gebiet der ehemalige Gemeinden Bergen, Blumenberg, Bottmersdorf, Buch, Domersleben, Dreileben, Eggenstedt, Groß Rodensleben, Hemsdorf, Hohendodeleben, Klein Germersleben, Klein Rodensleben, Meyendorf, Remkersleben, Schleibnitz, Stadt Seehausen Stadt Frankfurt, Stadt Wanzleben und Zuckerdorf Klein Wanzleben.“

B. § 15 Abs. 1 S. 1 wird wie folgt gefasst:

„Es werden folgende Gebiete der ehemaliger Gemeinden zu Ortschaften gemäß §§ 81 ff. KVG LSA bestimmt:“

Begründung:

Mit dem Antrag zur Benennung der ehemaligen Gemeinden soll deren Bedeutung für die Einheitsgemeinde und für die Identitätsstiftung sowie des Heimatgefühls unterstrichen werden. Die alte Fassung der Hauptsatzung erwähnte diese noch ausdrücklich als Ortsteile in § 1, also an prominenter Stelle. Die neue Fassung nennt in § 15 nur noch die Gemeindennamen, um diese dann als „Gebietsteil“ zu einer Ortschaft zu bestimmen.

Damit werden die ehemals eigenständigen Gemeinden, auf deren Gebiet und Geschichte die Einheitsgemeinde ruht, nicht ausreichend berücksichtigt. Vielmehr erfolgt eine stetige Zurückstufung sowohl in der Auffindbarkeit als auch in der Bezeichnung vormals Ortsteil, dann zur Ortschaft bestimmter Gebietsteil. Mit diesem formellen Bedeutungsverlust geht die Sorge einher, dass auch die Aufmerksamkeit der Verwaltung für die örtlichen Belange abnimmt. Dem soll mit der Änderung entgegen gewirkt werden.

Art. 2

§ 5 Abs. 1 Nr.2 sowie § 7 Abs. 1 und Abs. 4 werden jeweils ergänzt um den
- der Wirtschafts- Verkehrs – und Beschwerdeausschuss

Begründung:

Mit der Bildung dieses 3, beratenden Ausschusses soll die Erledigung zentraler Aufgaben durch die Verwaltung begleitet werden. Insbesondere sind hier die von fast allen Parteien versprochen Ausbaumaßnahmen von Radwegen und des Breitbandes für den Datenverkehr zu nennen. Auch die Auswirkungen der Umorganisation der Bauhofstrukturen kann in diesem Ausschuss dauerhaft begleitet und auf die in Aussicht gestellte Zielerreichung kontrolliert werden. Die Kontaktpflege zu bestehenden Unternehmen sowie die Ansiedlung neuer Betrieb ist ebenfalls eine zentrale Herausforderung, der sich der Stadtrat auch über diesen Ausschuss stellt. Das Aufgabenfeld „Beschwerden“ soll dem Ausschuss übertragen werden, um ein strukturiertes Beschwerdemanagement für die Bürger aber auch für Ortschaftsräte anzubieten, die den Eindruck haben, ihr Anliegen wurde durch die Verwaltung nicht oder nur unzureichend abgearbeitet.

Letztlich dient ein weiterer Ausschuss auch der Würdigung des bürgerlichen Engagements indem die Möglichkeit der Mitarbeit auch als sachkundiger Bürger eröffnet wird. Die Bereitschaft sich in die Belange der Gemeinde aktiv mit einzubringen wurde durch die große Zahl an Kandidaten für die Kommunalwahl eindrücklich belegt. Dem sollte Rechnung getragen werden, denn Demokratie lebt vom Mitmachen.

Martin Heine
Fraktionsvorsitzender

